

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steinbrücker, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 60 Pfg.
Bergungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Verfammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die Städtekonferenz zur Tarifbewegung.

Auf der Konferenz der Städtevertreter, die am 2. und 3. Oktober in Berlin tagte, machte sich ein Zug fester Entschlossenheit geltend. Die Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Lohnverhältnissen war allgemein, und sie ist nur zu berechtigt. In einer Reihe von Städten waren die Unternehmer trotz aller Bemühungen überhaupt noch nicht zur Gewährung von Steuerungszulagen zu bewegen, und wo solche Zulagen gewährt wurden, stehen sie meist in schreiendem Mißverhältnis zu den ins ungeheuerliche gestiegenen Lebensmittelpreisen. Die Kollegen fühlen sich durch die Verträge beengt. Eine sehr starke Strömung war für die Kündigung der Verträge. Bei den Verhandlungen über den Neuabschluß mußte dann versucht werden, die Löhne mit den Preisen für die Lebensbedürfnisse in Einklang zu bringen. Aus allen Reden lang die feste Zuversicht, daß es gelingen werde, den Forderungen den erforderlichen Nachdruck zu geben.

Die Vertreter des Verbandes vorstanges beschränkten sich darauf, einleitend die gegenwärtigen Verhältnisse im Gewerbe zu schildern. Von den Gründen ausgehend, die in den letzten Jahren zur Verlängerung der Tarifverträge geführt haben, gaben sie ein Bild von den wegen der Gewährung von Steuerungszulagen geführten Verhandlungen und den auf diesem Gebiete erzielten Erfolgen. Der Zweck der Konferenz war es, die Stimmung der Kollegen in den einzelnen Orten zur Geltung kommen zu lassen, und der Eindruck, den die Aussprache hinterlassen hat, war, daß von Kleinmut und Niedergedrücktsein nichts zu spüren ist. Wenn auch der Stamm unserer Verbandsmitglieder, die Kollegen in den besten Jahren, im Felde stehen, die Zurückgebliebenen halten Wacht. Es sind vielfach ältere Kollegen, die jetzt in den Zahlstellenverwaltungen die Geschäfte führen, und auf der Konferenz sah man viel mehr graue Köpfe, als man sonst auf unseren Delegiertenversammlungen zu sehen gewohnt ist. Aber die Energie und die Tatkraft dieser Alten ist nicht erlahmt. Und wenn die Konferenz ein Spiegelbild der Verbandsmitgliedschaft im Reich war, eine Annahme, zu der wir alle Ursache haben, dann brauchen wir um die Regsamkeit und Kampfesfreudigkeit unserer Kollegen, um ihren guten Willen und ihre Kraft, die wirtschaftlichen Interessen der Holzarbeiter zu wahren, keine Sorge zu haben.

Die Konferenz, die berufen war, über die Stellung des Verbandes zur Vertragskündigung zu entscheiden, war sehr zahlreich besetzt; aus 110 Vertragsstädten waren Delegierte erschienen. Die Aussprache war lebhaft, etwa 60 Delegierte haben das Wort genommen. Es ist nicht möglich, alle Reden hier wiederzugeben, doch seien einzelne auszuweisen. Den Anfang machte der Kollege D e r b e aus Hannover, der über die Geringfügigkeit der dort gemachten Zugeständnisse klagte. R u p p e r e c h t - Darmstadt ist der Meinung, daß wir selbst eine vertraglose Zeit nicht zu fürchten brauchen. Ähnlich sprach sich D a m m e r - Bremen aus. Der Schutzverband überläßt es dem guten Willen seiner Mitglieder, ob und welche Steuerungszulagen sie zahlen wollen. Es ist an der Zeit, daß wir unseren Forderungen stärkeren Nachdruck geben. Aus Mannheim-Ludwigshafen berichtet J a n s o n über die örtlichen Führer des Schutzverbandes, die durch Vertragsverletzungen ihren Mitgliedern ein schlechtes Vorbild geben.

B l e c k e - Hamburg schildert die geringen Erfolge der Bemühungen zur Erringung von Steuerungszulagen. Nur wenn wir den Vertrag kündigen, können wir wirkliche Fortschritte erzielen. Die Situation ist durchaus günstig, überall liegen so viele Aufträge vor, daß sie kaum bewältigt werden können. Unsere Kollegen sind durchaus bereit, nötigenfalls durch Arbeitseinstellung ihren Forderungen Nachdruck zu geben. In gleichem Sinne äußerte sich N a u m a n n - Flensburg. G o r g a s - Magdeburg berichtete, daß er Veranlassung hatte, sich beschwerdeführend an das Generalkommando zu wenden. Dort wurde den Arbeitern empfohlen, ihr Einkommen durch Ueberstunden zu erhöhen. Dieser Rat beweist nur, daß man an den militärischen Stellen die gewerblichen Verhältnisse nicht richtig zu beurteilen versteht. Ueber Ueberstunden sind bestimmte Vorschriften in den Verträgen enthalten. Wo die vertraglichen Voraussetzungen gegeben sind, da werden auch von unseren Kollegen Ueberstunden nicht verweigert, aber sie können sich nicht zu der Auffassung bekehren, daß die notwendige Lohnerhöhung durch Ueberstunden ersetzt werden kann. Sie haben also ihre Forderung aufrechterhalten, und als sie mit der Arbeitseinstellung drohten, da gaben die Unternehmer nach; freilich sind die bewilligten Steuerungszulagen immer noch sehr gering. Es genügt aber auch nicht, daß Steuerungszulagen gewährt werden, die Vertragslöhne müssen erhöht werden, deshalb sollten wir die Verträge kündigen.

G r ö s c h e l - Karlsruhe kann mitteilen, daß der Geschäftsgang außerordentlich gut ist. Es wird Ueberzeit- und Sonntagsarbeit verlangt. Die vorliegenden großen Aufträge verbürgen Beschäftigung für längere Zeit. Die gewählten Steuerungszulagen sind lä. sich gering. Wir müssen vor allem die Vertragslöhne erhöhen, schon aus Rücksicht auf die Kollegen im Felde. Wenn sie zurückbleiben, müssen sie annehmbare Löhne vorfinden. Unsere Arbeitgeber haben ihre Verkaufspreise erhöht, da haben sie

sicher auch erhöhte Arbeitslöhne hineinkalkuliert. Die Unternehmer werden nach dem Kriege gewiß wieder versuchen, die Steuerungszulagen abzuziehen; den Nachdruck müssen wir deshalb auf die Erhöhung der Vertragslöhne legen. W e i n e r - Krefeld kann auf Grund der Feststellungen der Krankenkasse sagen, daß die Löhne der Tischler hinter denen der ungelerten Arbeiter beträchtlich zurückbleiben. Kein Wunder, daß es dem Tischlergewerbe an Nachwuchs mangelt. Wer läßt seinen Sohn Tischler lernen, wenn er sich später schlechter steht als ein Tagelöhner. Mit einer Vertragskündigung können wir nichts verlieren. B a c h e m - Gotha legt Wert darauf, daß die Löhne erhöht werden. Die Steuerungszulagen müssen auf eine angemessene Höhe gebracht werden. R o h m a n n - Lüneburg tritt für die Kündigung der Verträge ein. Trotz der glänzenden Konjunktur haben wir nur minimale Steuerungszulagen erlangt. Selbst wenn es zu einer vertraglosen Zeit kommt, würden wir mehr herausholen als die Bettelpennige, die als Steuerungszulagen gewährt wurden.

S c h r e d - Bielefeld betont, daß die Einberufung der Konferenz für alle Fälle nützlich war, weil sie dem Vorstand Gelegenheit gibt, die Meinung der Kollegen kennenzulernen. Diesen ist es vor allem um eine Erhöhung ihres Einkommens zu tun. Ob das durch ausreichende Steuerungszulagen oder durch Erhöhung der Vertragslöhne nach der Kündigung des Vertrages erreicht wird, ist minder wichtig. Unser Tarifvertrag ist wie jeder Vertrag zunächst nur ein Blatt Papier; erst die Macht der Organisation, die hinter dem Vertrag steht, gibt ihm Bedeutung. Wir sollten nicht fragen, soll der Vertrag gekündigt werden oder nicht, sondern auf welchem Wege kommen wir am besten zu der notwendigen Erhöhung der Löhne.

S c h n a b e l - Halle empfiehlt, die Kündigung der Verträge zu beschließen, dadurch wird die Stellung der Kollegen bei den Verhandlungen gestärkt. Mit Steuerungszulagen, die nach dem Kriege aufhören, ist uns nicht geholfen. Die Steuerungszulagen werden so bald nicht verschwinden. Wenn wir keine ausreichende Erhöhung der Vertragslöhne durchsetzen, dann werden die aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen mit Recht sagen können, im Schützengaben sei es ihnen besser gegangen als in der Heimat. H e r b e r t - Mainz betont, daß die Kollegen schon im Vorjahr die Kündigung des Vertrages gewünscht haben, und sie sind jetzt erst recht dafür. Unsere Unternehmer werden uns ohne Vertragskündigung keine weiteren Zugeständnisse machen und uns nur nachsagen, daß wir zu feige waren, die Kündigung auszusprechen.

Wir wollen es bei diesen Stichproben aus der Diskussion bewenden lassen. Bei dem begrenzten Stoff ist es natürlich nicht leicht, dem Thema neue Gesichtspunkte abzugewinnen. Die meisten Redner gingen bei ihren Betrachtungen von den örtlichen Verhältnissen aus, die Bilder, die entworfen wurden, stimmen aber in den wesentlichen Punkten überein. Meist ist für die noch am Ort vorhandenen Kollegen reichlich Beschäftigung vorhanden. In der Bewilligung von Steuerungszulagen üben aber die Unternehmer die weitgehendste Zurückhaltung. Aus auffällig vielen Orten wurde berichtet, daß die Arbeitgeber unseren Kollegen, die Steuerungszulagen verlangten, den guten Rat gaben, ihr Einkommen durch Ueberstunden zu erhöhen. Hierbei muß immer wieder betont werden, daß die Frage der notwendigen Lohnerhöhung mit der Ueberstundenfrage nicht verquickt werden darf. Sind Ueberstunden notwendig und die vertraglichen Voraussetzungen für ihre Leistung gegeben, dann werden sie nicht verweigert werden, aber niemals können Ueberstunden als Vorwand benutzt werden, die notwendige Lohnerhöhung zu verweigern. Der Widerstand gegen Steuerungszulagen konnte in manchen Fällen erst durch die Androhung von Arbeitseinstellung überwunden werden.

Die Mehrzahl der Redner sprach sich für die Kündigung der Verträge aus; wiederholt begegnete man in den Ausführungen der Wendung, daß man auch den Eintritt einer vertraglosen Zeit nicht fürchte. Vorherrschend war jedoch die Auffassung, daß man die Verträge als die Grundlage für weitere Errungenschaften aufrechterhalten sollte. In diesem Sinne wollten auch die meisten der Redner, die für die Vertragskündigung sprachen, ihre Ausführungen verstanden wissen. Die Kollegen, die sich gegen die Kündigung äußerten, betonten meist, daß sie sich bei ihrer Stellungnahme von taktischen Rücksichten leiten lassen. Sie wollten, daß zunächst Verhandlungen angeknüpft werden, aus deren Verlauf sich dann ergeben würde, ob man zur Vertragskündigung schreiben müsse.

Mit großer Aufmerksamkeit wurde der Kollege L a u t e r - Dresden angehört. Er führte unter anderem aus, daß die Dresdener Kollegen die Auffassung vertreten hätten, daß der einmal bewilligten Steuerungszulagen ein Festanteil des Vertrages geworden seien, und daß jeder Arbeiter Anspruch auf sie habe. Dieser Auffassung ist auch das Gewerbegericht beigetreten. In Dresden macht unsere Organisation fortgesetzt gute Fortschritte, es gibt dort nur noch wenige Unorganisierte. Jüngst ist aber auch die Auffassung, der man häufig begegnet, als ob die zurückgebliebenen älteren Kollegen minderwertige Arbeiter seien. Das Gegenteil ist richtig. In manchen Berufsgruppen, z. B. unter den Schmiedern und besonders in der Klavierindustrie, sind die alten Arbeiter

die nicht mehr eingezogen werden können, diejenigen, welche die höchsten Löhne erzielen. Die Befürchtung, daß man mit den alten Kollegen keine Lohnbewegung führen könne und aus diesem Grunde warten müsse, bis die Kollegen aus dem Felde zurück seien, trifft, wenigstens für Dresden, nicht zu. Man darf natürlich den Kollegen nicht einreden, daß mit ihnen nichts zu machen sei, so etwas glauben sie schließlich. Man muß im Gegenteil stets bestrebt sein, den Mut der Kollegen zu wecken, dann ist er auch vorhanden. Das hat man auch in Dresden erfahren, als dort Steuerungszulagen verweigert wurden. Als die alten Kollegen mit der Arbeitseinstellung drohten, da waren die Zulagen in wenigen Stunden bewilligt. Gewiß wird man jetzt nicht das ganze Problem der Vertragspolitik aufstellen können. Jetzt handelt es sich für unsere Kollegen darum, daß sie höhere Löhne erringen, und wenn wir mit frischem Mut an diese Aufgabe herantreten, werden wir sie auch durchführen.

Nachdem die Diskussion längere Zeit fortgeführt worden war, verlas der Vorsitzende die folgende inzwischen eingegangene Resolution:

Die aus Anlaß des bevorstehenden Kündigungstermins sämtlicher Tarifverträge im deutschen Holzgewerbe einberufene Konferenz der Vertreter aus 110 Vertragsstädten stellt mit Bedauern fest, daß die Arbeitgeber den berechtigten Forderungen der Arbeiter auf Gewährung von Steuerungszulagen bisher ein so geringes Entgegenkommen gezeigt haben.

Die durch die gewaltige Steuerungs hervorgerufene Notlage zwingt die Arbeiterschaft, zum Ausgleich der in so hohem Maße gesteigerten Kosten der Lebenshaltung eine entsprechende Lohnsteigerung zu fordern. Zur Durchführung dieser Forderung müssen auch die vor dem Kriege vereinbarten niedrigen Tariflöhne auf eine den jetzigen Verhältnissen angemessene Höhe gebracht werden.

Die Konferenz beschließt deshalb, in allen Orten und für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen eine sofortige Steuerungszulage von 33 1/2 Prozent bzw. eine Lohnerhöhung von 20 Pfg. für die Stunde zu fordern. Diese Erhöhung ist auf die Akkordpreise und die Entschädigung für Montagetagearbeiten in gleichem Maße anzuwenden.

Vorstehende Forderungen sind unverzüglich an die Arbeitgeber in allen Orten einzureichen. Von dem Verbandsvorstand erwartet die Konferenz, daß er mit allen dem Verband zu Gebote stehenden Mitteln die Durchführung dieser Forderungen unterstützt.

Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern sind in allen Orten so zu beschleunigen, daß über das Ergebnis rechtzeitig vor dem Kündigungstermin berichtet und eventuell auf einer neuen Konferenz dazu endgültig Stellung genommen werden kann.

A l e c k e - Hamburg, L a u t e r - Dresden, F u r c h - Frankfurt a. M., B l ö m e r - Düsseldorf, P l e n i n g e r - München, S c h n e p p e n h o r s t - Nürnberg, S c h r e d - Bielefeld.

Nach Verlesung dieser Resolution flaute die Redelust stark ab; die meisten der noch eingezeichneten Redner verzichteten auf das Wort. Kollege N e u m a n n, der die Aussprache durch einen Vortrag eingeleitet hatte, erhielt das Schlusswort, um das Ergebnis aus der Diskussion zu ziehen. Er weist darauf hin, daß unsere Verträge Ortsverträge sind, die auch nur örtlich gekündigt werden können. Wir können deshalb die Frage, ob der Vertrag zu kündigen ist oder nicht, je nach den örtlichen Verhältnissen entscheiden. Die Mehrheit der Redner hat sich für die Kündigung ausgesprochen; als Ergebnis der Aussprache kann aber wohl Uebereinstimmung darüber festgestellt werden, daß zunächst versucht werden muß, eine angemessene Lohnerhöhung durchzusetzen. Sollte es wieder zu zentralen Verhandlungen kommen, dann wird der Vorstand seine Schuldigkeit tun. Erfolge wird er aber nur erzielen, wenn er die Kollegen hinter sich weiß. Wenn die vorgelegte Resolution angenommen wird, dann müssen zunächst die Kollegen an den einzelnen Orten vorgehen. Dann werden wir rechtzeitig vor dem Kündigungstermin die Ergebnisse der Verhandlungen übersehen und hiernach endgültig Stellung nehmen. In der Unterstützung, die vom Vorstand verlangt wird, wird dieser es gewiß nicht fehlen lassen; es darf aber nicht übersehen werden, daß die Kollegen an den einzelnen Orten diejenige sind, die an erster Stelle und am energischsten ihren Forderungen Nachdruck geben müssen.

Die Resolution wird hierauf einstimmig angenommen.

Als weiterer Punkt der Tagesordnung wurde über die Unterstützungen aus den Lokalkassen verhandelt. Hierzu führt Kollege L e i p a r t aus, daß der bei Kriegsausbruch gefasste Beschluß des Verbandsvorstandes, nach welchem die Auszahlung örtlicher Zuschläge zu den Verbandsunterstützungen eingestellt wurde, allgemein Verständnis gefunden habe. Nur in zwei Orten sei diesem Beschluß zuwider gehandelt worden, worüber noch auf dem Verbandstag zu reden sein werde. In neuerer Zeit ist aus einigen Zahlstellen, in denen hohe Lokaltarife gezahlt werden, das Verlangen an den Vorstand gerichtet worden, die Auszahlung lokaler Unterstützungen wieder zuzulassen. Der Vorstand hat sich noch nicht entschieden, diesem Verlangen stattzugeben, da die Gründe, die zu der Sperrung der Lokalkassen

stillung führen, noch fortbestehen. Die gewaltigen Anforderungen an die Klassen des Verbandes, die durch die hohe Arbeitslosigkeit bei Ausbruch des Krieges verursacht wurden, zwingen den Vorstand, die Wertpapiere, in denen das Verbandsvermögen angelegt ist, gegen hohen Zins zu verpfänden. Die dem Vorstand zur Verfügung gestellten Lokalfassungsgelder haben es dem Verband erleichtert, die schwere Last zu tragen. Erst in der jüngsten Zeit konnten die letzten der verpfändeten Wertpapiere eingelöst werden.

Die Zukunft liegt noch dunkel vor uns. Augenblicklich ist die Zahl der Arbeitslosen gering. Wir wissen aber nicht, was uns der Krieg noch bringt. Ob nicht der Mangel an Rohmaterialien noch während der Kriegsdauer die Zahl der Arbeitslosen wieder anschwellen läßt. Sicher aber müssen wir nach dem Krieg mit einer starken Arbeitslosigkeit rechnen. Das zwingt uns, unsere Mittel zusammenzubalancieren; wir werden vorerst die lokalen Unterstützungen nicht wieder einführen können. Wenn die Arbeitslosigkeit größer werden wird, werden wir nachdrücklich die Einführung staatlicher und kommunaler Arbeitslosenunterstützung fordern müssen. Ein Bedürfnis, zu der Arbeitslosenunterstützung des Verbandes einen Zuschuß aus der Lokalkasse zu leisten, liegt augenblicklich nicht vor, aber auch das Bedürfnis für einen Lokalzuschlag zur Krankenunterstützung kann nicht anerkannt werden. Die Krankenunterstützung aus der Verbandskasse ist an sich nur ein Zuschuß zur Unterstützung aus der Krankenkasse. Dazu noch einen weiteren Zuschuß aus der Lokalkasse zu gewähren, ist nicht erforderlich. Die neueste Entscheidung des Reichsversicherungsamts bezüglich der Krankenunterstützung aus den Gewerkschaftskassen wird uns ohnehin nötigen, zu der Frage der Krankenunterstützung Stellung zu nehmen. Wir müssen darauf bedacht sein, die Verbandskasse zu stärken. Es läßt sich nicht voraussehen, welche Kosten die jetzt beschlossene Tarifbewegung verursachen wird; wir müssen aber auch weiterblicken und bedenken, daß es uns später sehr wertvoll sein wird, wenn wir im gegebenen Fall auf einen gefüllten Geldschatz pochen können. Aus all diesen Gründen ist der Vorstand der Meinung, daß vorerst von der Wiedereinführung der lokalen Unterstützungen Abstand genommen werden sollte.

In der anschließenden Aussprache wurden von mehreren Delegierten die Gründe geltend gemacht, welche die Mitglieder ihrer Zahlstelle veranlassen, die Wiedereinführung der lokalen Unterstützung zu verlangen. Meist ist es der hohe Beitrag, für den die Kollegen eine entsprechende Gegenleistung fordern. Andere Delegierte erklärten, daß sie sich von der Fristigkeit der Gründe des Vorstandes überzeugt hätten und an ihren Orten dafür eintreten würden, daß von der Wiedereinführung der Lokalunterstützung Abstand genommen werde. Eine Abstimmung wurde nicht herbeigeführt, da die Konferenz hierzu nicht zuständig ist, doch konnte ohne Zweifel festgestellt werden, daß die überwiegende Mehrzahl der Stadtvertreter die Auffassung des Verbandsvorstandes teilt.

Im Anschluß an diesen Gegenstand beantwortete der Vorsitzende eine in der Diskussion gestellte Frage dahin, daß der Vorstand auch in diesem Jahre beabsichtigt, den Frauen der Kriegsteilnehmer wiederum eine Weichnachtsunterstützung zu gewähren. Es werde aber schwierig sein, die Mittel aufzubringen, die auf etwa 400 000 Mark veranschlagt werden müssen. Die Hauptlast werde diese Summe nicht allein tragen können. Ueber die Aufbringung der Gelder werden den Mitgliedern noch Vorschläge unterbreitet werden. Natürlich würden nur solche Frauen unterstützt werden können, deren Männer im Felde oder in der Garnison militärische Dienste leisten, nicht auch die Frauen der eingezogenen Kollegen, die zur Erwerbsarbeit beurlaubt sind. In nächster Zeit werden die in Frage kommenden Frauen erfragt werden, ihre eigene Adresse und die Gelddressen ihrer Ehemänner der Zahlstellenverwaltung mitzuteilen.

Durch waren die Aufgaben der Konferenz erledigt. In seiner Schlußbetrachtung konnte der Kollege Leipart unter allgemeiner Zustimmung konstatieren, daß die Konferenz einen guten Verlauf genommen habe, und daß wir hoffen können, daß sie betrübend auf das Verbandsleben wirken wird. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Konferenz geschlossen, nachdem sie in 1 1/2 Tagen fleißige und, wie zu hoffen steht, nutzbringende Arbeit für den Verband geleistet hat.

Wir sind überzeugt, daß alle Teilnehmer von dem Verlauf der Konferenz befriedigt waren. Die Verhandlungen wurden durch keinen Mißton gestört. Wo es sich darum handelte, die wirtschaftliche Lage der Berufsgehörten zu heben, wo Fragen erörtert werden, die das Wohl jedes einzelnen Kollegen unmittelbar betreffen, da gibt es in unserem Verband keine Gegenstände. Da stehen alle fest zusammen, und jeder trägt nach seinen Kräften dazu bei, die Bestrebungen der Organisation zu fördern.

Die Diskussion über den ersten und wichtigsten Punkt der Tagesordnung hat lange gedauert. Hätte es sich nur darum gehandelt, einen Beschluß herbeizuführen, dann wäre das sehr schnell zu erreichen gewesen. Ein Beschluß in dem Sinne der später angenommenen Resolution wäre auch in einem viel früheren Stadium der Verhandlung wahrscheinlich ebenso einstimmig gefaßt worden, wie es nachher der Fall war. Die Konferenz sollte aber vor der Beschlußfassung den Kollegen die Möglichkeit einer ungehinderten Aussprache geben. Es haben sehr viele Konferenzteilnehmer gesprochen; dem Wille, das man zu Anfang gewonnen hatte, wurden nur wenig neue Gedanken hinzugefügt, aber trotzdem wirkte die Diskussion nicht einseitig. Jeder neue Redner brachte eine neue Begründung des selben Willens, der alle befeuerte, daran mitzuwirken, daß endlich der Lohn der Holzarbeiter die Erhöhung erfährt, die er im Hinblick auf die unerbittliche Konkurrenz längst hätte erfahren haben sollen.

Die Delegierten auf der Stadtkonferenz waren die Vertreter unserer Kollegen an den einzelnen Orten. Durch sie ist es an diesen, zu zeigen, daß sie hinter ihren verantwortlichen stehen. Während der Dauer unserer Bewegung zur Erreichung von Erwerbszulagen hat man an verschiedenen Orten die Erfahrung gemacht, daß es oft nur der persönlichen Willensäußerung der Kollegen bedarf, um den gewünschten Zweck zu erreichen. Die Durchführung der jetzt eingeleiteten Bewegung liegt wiederum bei den Jünglingen des Verbandes. Der Verbandsvorstand,

die Gauvorsteher, die Lokalverwaltungen, sie alle werden gewiß ihr möglichstes tun, aber ihre Bemühungen würden erfolglos bleiben, wenn nicht die Masse der Kollegen hinter ihnen steht. Die Kollegen in der Werkstatt müssen Vertrauen haben zur eigenen Kraft und zur Kraft der Organisation.

Unter ganz besonderen äußeren Umständen wird die diesmalige Tarifbewegung eingeleitet. Draußen wütet der Krieg mit allen seinen Schrecken, mehr als die Hälfte unserer Kollegen steht im Felde und kann sich nicht aktiv an der Bewegung beteiligen, die auch ihre Interessen auf das lebhafteste berührt. Gerade im Hinblick auf die Kollegen draußen müssen wir jetzt in der Kriegszeit diese Tarifbewegung durchführen; wenn sie in die Heimat zurückkehren, dann sollen sie geordnete Verhältnisse vorfinden. Solche zu schaffen, ist für uns eine Pflicht der Dankbarkeit gegenüber unseren Kollegen im Schützengraben. Wir wollen die zu überwindenden Schwierigkeiten nicht unterschätzen. Aber wenn wir das notwendige Vertrauen zur eigenen Kraft haben, dann wird uns auch bei der Tarifbewegung in der Kriegszeit ein voller Erfolg beschieden sein.

Unser Interesse am Lehrlingswesen.

III. (Schluß.)

Die Frage, ob das Lehrlingswesen ein Gegenstand ist, der sich zur tariflichen Regelung zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen eignet, ist von der Praxis längst bejaht worden. Im Buchdruckergewerbe, das für die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen vorbildlich ist, hat man sich schon lange bemüht, der Ueberfüllung des Gewerbes entgegenzuwirken. Im Tarifvertrag sind zu diesem Zweck Lehrlingsstellen aufgestellt, welche die Höchstzahl der Lehrlinge festsetzen, die neben einer bestimmten Anzahl Gehilfen in einem Betriebe gehalten werden dürfen. Ähnliche tarifliche Bestimmungen sind auch im Lithographiegewerbe vereinbart.

Neuerdings machen sich in verschiedenen Gewerben Bestrebungen geltend, die darauf abzielen, das Lehrlingswesen zum Gegenstand von Vereinbarungen zwischen den beiderseitigen Organisationen zu machen. Auf der Konferenz der Organisationsvertreter im Holzgewerbe, die am 10. und 11. April in Berlin tagte, und auf die wir noch zurückkommen, ist das Lehrlingswesen auf Wunsch der Arbeitgeber auf die Tagesordnung gesetzt worden. Einige Wochen später, am 11. Mai, fand in Erfurt eine Konferenz von Vertretern der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen im Futtmachergerbergewerbe statt, die sich ausschließlich mit der Lehrlingsfrage beschäftigte. Auch hier ging die Anregung zur gemeinsamen Aussprache von den Unternehmern aus. Hier führte der Leiter der Verhandlungen, Direktor Mayser-Ulm, unter anderem aus, daß an den Lehrlingsfragen auch die Gehilfen ein großes Interesse haben, und daß es nicht mehr als recht und billig wäre, wenn ihnen ein Einfluß auf die Lehrbestimmungen eingeräumt werde.

Einen anderen Standpunkt nehmen, wenigstens vorläufig noch, die Unternehmer im Baugewerbe ein. Als sich die Arbeiterorganisationen des Baugewerbes Anfang Juli dieses Jahres an den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe mit dem Ersuchen wandten, den Lehrlingen eine Lohnerhöhung zu gewähren und die gesamte Lehrlingsfrage zum Gegenstand einer Aussprache zwischen den am Tarifvertrag beteiligten Organisationen zu machen, lehnte der Arbeitgeberbund dieses Ansuchen ab mit dem Hinweis darauf, daß die Regelung des gesamten Lehrlingswesens Sache der Innungen sei. In der Folge wurde im Hinblick auf diese Stellungnahme in der „Arbeitgeber-Zeitung“ mit großem Eifer der Grundsatz verfochten, daß es gesetzlich unzulässig sei, das Lehrlingswesen durch Vereinbarungen zwischen dem Arbeitgeberbund und den Gewerkschaften zu regeln. Die ins Feld geführten Gründe sind aber wenig stichhaltig. Wenn das Gesetz auch die Regelung des Lehrlingswesens der Handwerkskammern und der Innung überträgt, so ist das, wie das Beispiel der Tarifverträge und der Regelung der Arbeitsvermittlung beweist, die nach den gleichen gesetzlichen Bestimmungen Vorbehaltsgut der Innungen sind, kein Hindernis, diese Frage zum Gegenstand der Vereinbarungen zwischen den wirklichen Vertretungen der Unternehmer und der Arbeiter des Gewerbes zu machen.

Auf einige Gewerbe, in denen dieser Weg bereits beschritten wurde, ist oben hingewiesen worden. Im Holzgewerbe gab der sich während des Krieges bemerklich machende Lehrlingsmangel den Arbeitgebern Veranlassung, den Gegenstand in der gemeinsamen Konferenz am 10. und 11. April zu besprechen. Von Arbeitgeberseite wurde als ein Mittel, den Zugang des Nachwuchses zum Gewerbe zu fördern, die Gewährung eines höheren Kostgeldes empfohlen. Dieser Frage wurde von den Vertretern der Arbeiter keine übertriebene Bedeutung beigegeben, wenn sie auch selbstverständlich die Erhöhung des Kostgeldes nicht ablehnen. Wichtiger als die Erhöhung des Kostgeldes für die Lehrlinge erachten sie aber eine durchgreifende Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die erwachsenen Arbeiter. Vernünftige Eltern und Erzieher fragen weniger danach, wie hoch das Kostgeld des Lehrlings ist, viel bedeutsamer ist ihnen bei der Berufswahl die Frage, welche Aussichten das Gewerbe für das spätere Fortkommen des Lehrlings bietet. Insofern sind die allgemeinen Arbeitsbedingungen im Gewerbe von wesentlichem Einfluß auf den Zugang des Nachwuchses.

Uebereinstimmung herrschte darin, daß der gründlichen Ausbildung der Lehrlinge sowohl in der Werkstatt als auch in der Fach- und Fortbildungsschule noch viel mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden müsse, als das seither der Fall war. Dasselbe Willigung der Vertreter der beteiligten Organisationen fanden die folgenden

Leitsätze zur Regelung des Lehrlingswesens.

Die beiderseitigen Organisationen erachten es als eine gemeinsame Aufgabe, im Interesse der Förderung des Gewerbes an der Regelung des Lehrlingswesens tätigen Anteil zu nehmen.

Hierbei kommen folgende Gesichtspunkte in Betracht:

1. Die örtlichen Vorstände oder Schlichtungskommissionen sollen die Frage der Lehrstellenvermittlung behandeln.
2. Die Inhaber der größeren Betriebe sollen mehr als bisher Lehrlinge ausbilden.
3. Den Mißständen, die durch eine zu weltgehende Lehrlingshaltung entstehen, ist gemeinsam entgegenzutreten.

Die Zahl der Lehrlinge muß im Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Gesellen stehen; Vereinbarungen werden in Aussicht genommen.

4. Der beruflichen Ausbildung der Lehrlinge in den Werkstätten wie dem regelmäßigen Besuch der Fortbildungsschule ist die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Angehörigen der beiderseitigen Organisationen sind verpflichtet, die Durchführung der Lehrlingsausbildung regelnden gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften nach Möglichkeit zu fördern.

Diese Leitsätze bilden kein erschöpfendes Programm für die gemeinsame Tätigkeit auf dem Gebiete des Lehrlingswesens, aber sie zeigen, daß trotz der gesetzlichen Bestimmungen, die den Innungen und Handwerkskammern die Regelung des Lehrlingswesens übertragen, noch genügend Raum bleibt für eine fruchtbringende gemeinsame Bekämpfung der Arbeitgeber- und der Arbeiterorganisationen auf diesem Gebiet.

Mit der Lehrlingsfrage im Tischlergewerbe hat sich auch der Anfang August in Elberfeld abgehaltene Obermeisterstag des Rheinisch-Westfälischen Tischler-Innungsbundes beschäftigt. Das Referat, das der als Fachschriftsteller rühmlichst bekannte Herr August dort über praktische Lehrlingsausbildung gehalten hat, enthält sehr viel Beachtenswertes. Wenn die Innungen sich bemühen, die praktische Lehrlingsausbildung im Sinne der dort entwickelten Gedankengänge zu leiten, dann wäre das im Interesse der jungen Leute sowohl als auch in dem des Gewerbes lebhaft zu begrüßen. Wir dürfen aber die Hoffnungen nicht zu hoch schrauben. Bei diesen Meistern, die Lehrlinge halten, fehlt es nicht nur am Können, sondern auch am guten Willen, die Ausbildung systematisch und folgerichtig durchzuführen. Die Mitwirkung der Arbeitererschaft wäre im Hinblick auf das erstrebte Ziel sehr wertvoll.

Aber gerade diese Mitwirkung wollen ja die biederen Obermeister möglichst ausschalten. Sie haben eine heillose Angst vor den Gewerkschaften. Deshalb behandeln sie ja auch die Nachwuchsfrage in Verbindung mit dem Vereinsgesetz. Den Ton gab der Geschäftsführer Rütelhaus an, dessen Mund von frommen Redensarten überfließt. Es liegt uns gewiß fern, den religiösen Gefühlen eines anderen zu nahe treten zu wollen. Wer aber bei der Behandlung der Lehrlingsfrage sein religiöses Gewissen so aufdringlich betont, erweckt den Verdacht, daß er die Religion als Deckmantel für Bestrebungen benutzen will, die mit der Sache nichts zu tun haben. Die schwächliche Reform des Vereinsgesetzes hat es dem frommen Herrn Rütelhaus angetan. Er stellt sich an, als fürchte er den Einsturz des Himmels ob des den Gewerkschaften zugestandenen Rechtes, junge Leute unter 18 Jahren aufzunehmen, ohne sich der Gefahr unerträglicher Schikanen auszusetzen. Mit solchen Auffassungen diskutiert man nicht.

Für die Frage der Lehrlingsausbildung ist es auch am besten, wenn bei ihr das religiöse Moment völlig aus dem Spiele bleibt. Es handelt sich dabei um eine rein weltliche Angelegenheit. Wenn an manchen Stellen und auch auf dem rheinisch-westfälischen Obermeisterstag so großer Wert darauf gelegt wird, daß der Lehrling in dem Hause des Meisters Aufnahme findet, so ist auch das ein Punkt, bei dem das Für und Wider ernsthaft erwogen sein will. Früher war es wohl die Regel, daß der Lehrling in das Haus des Meisters überbedelte, und unter dem Gesichtspunkt, daß der Meister nicht nur die berufliche Ausbildung, sondern auch die Erziehung des Lehrlings übernimmt, wäre der Familienanschluß sogar erwünscht. Wo aber jetzt noch der Lehrling Hausgenosse des Meisters ist, wird er doch nur äußerst selten in dessen Familie aufgenommen. Er spielt im Hause meist die Rolle des Diensthilfen, und die Zugehörigkeit des Lehrlings zum Haushalt bietet oft die Möglichkeit, seine Arbeitszeit ungebührlich auszuweiden und ihn ausgiebig mit Haus- und Feldarbeit zu beschäftigen.

Eine wirkliche Erziehungsarbeit, die der Meister am Lehrling leistet, ist noch viel seltener als eine gründliche Ausbildung im Beruf. Die modernen Lebensverhältnisse bringen es mit sich, daß auch im Lehrlingsverhältnis die Gewährung von Kost und Wohnung durch den Meister immer mehr verschwindet. Wenn es auch nicht notwendig ist, diese Entwicklung besonders zu fördern, so haben wir noch viel weniger Anlaß, ihr entgegenzuwirken. Für den seiner Verantwortung bewußten Meister bedeutet es nur eine Entlastung, wenn er der Erzieherpflichten gegenüber dem Lehrling entbunden wird. Um so intensiver kann er sich der Ausbildung des Nachwuchses für den Beruf widmen.

Wir haben einleitend gesagt, daß das Lehrlingswesen ein vielseitiges Problem sei. Auf einige Seiten dieses Problems haben wir hingewiesen, aber das Thema ist damit bei weitem nicht erschöpft, und es läßt sich auch so leicht nicht erschöpfen. Wichtig ist es, daß sich die Kollegen der Bedeutung der Lehrlingsfrage bewußt wird. Es handelt sich um ein Gebiet, dem wir künftig noch weit mehr Aufmerksamkeit widmen müssen als seither.

Auch unter den Lehrlingen müssen wir Agitation betreiben, eine Agitation allerdings, die sich in ihren Mitteln und in ihren Zielen von unserer gewöhnlichen Werbetätigkeit zur Ausbreitung unserer Organisation unterscheidet. Wir wollen den Lehrling nicht auffordern, der Gewerkschaft beizutreten; in den Deutschen Holzarbeiter-Verband kann er vor Beendigung der Lehrzeit nicht aufgenommen werden. Aber wir müssen ihn in jeder Beziehung zu fördern suchen, nach Möglichkeit wollen wir dazu beitragen, daß er ein leistungsfähiger Arbeiter in seinem Beruf wird. Der Geist der Kameradschaftlichkeit, der unter den Arbeitern des Betriebes herrscht, wird unwillkürlich auch auf den Lehr-

ling abfärben, und er wird nach Beendigung der Lehrzeit von selbst das Bedürfnis empfinden, sich der Organisation der Berufsgenossen anzuschließen.

Die Gewerkschaft hat ein lebhaftes Interesse an der Heranbildung eines beruflich tüchtigen Nachwuchses. Für die Erreichung der Ziele, die sich unser Verband gestellt hat, ist es äußerst wertvoll, wenn seine Mitglieder im Beruf geschickt und leistungsfähig sind. Je höher das handwerkliche Können der Arbeiter, um so größere Ansprüche können sie hinsichtlich der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen stellen. Das gleiche Ziel, die tüchtige Ausbildung des Nachwuchses, verfolgen, wenn auch unter anderen Gesichtspunkten, die weiterblickenden Unternehmer, denen das Wohl des Gewerbes am Herzen liegt. Das Lehrlingswesen ist deshalb eine Angelegenheit, die von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam gefördert werden muß. Im Holzgewerbe ist der Grundstein für ein solches Zusammenwirken gelegt; sorgen wir dafür, daß darauf zünftig weitergebaut wird.

Soziales.

Lujo Brentano und die Gewerkschaften.

Professor Lujo Brentano, der verdienstvolle Volkswirtschaftler, ist seines Alters wegen von seinem Lehramt an der Münchener Hochschule zurückgetreten. Aus diesem Anlaß hat der Münchener Gewerkschaftsverein an Brentano ein Schreiben gerichtet, in dem der herzlichste Dank des Gewerkschaftsvereins für seine Vertretung der Rechte und Interessen der Arbeiterklasse ausgesprochen wurde. Brentano hat nun in seinem Antwortschreiben mitgeteilt, daß er sich das Vorrecht vorbehalten habe, weiterhin Vorlesungen zu halten. Er wisse darauf hin, daß ihm in seiner fast fünfzigjährigen wissenschaftlichen Tätigkeit nichts so sehr am Herzen gelegen habe, als daß der Arbeiterbevölkerung ihre vorenthaltenen und verletzten Rechte zuteil würden. Mit ganz besonderer Freude erfüllte es ihn jetzt in seinem Alter, daß dieses sein Werk auch von denen gewürdigt werde, denen es gewidmet war. An diesem Werk solle sich auch in Zukunft nichts ändern.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission bemerkt dazu, daß das Münchener Gewerkschaftsartikel durchaus im Sinne der gesamten deutschen Gewerkschaften handelte, als es Lujo Brentano den Dank für sein ebenso emsiges wie mutiges Eintreten für die Rechte der Arbeiterklasse aussprach.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 42. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 1912 (JgdL.) Wilh. Scherbe, Rixtenm., 10. 11. 99 zu Berlin.
19156 Aug. Lorih, Eschl., geb. 25. 3. 70 zu Ochsenhausen.
19170 Karl Schobba, Hilsarb., geb. 2. 8. 74 zu Neuzugsch.

Im Monat September gingen von nachverzeichneten Zahlstellen folgende Beträge ein:

Gau Danzig: Angerburg 12 Mk., Gumbinnen 70, Insterburg 100, Königsberg 700, Lyck 145, Memel 291, Osterode 22, Raftenburg 100, Stolp 150, Tilsit 354 Mk.

Gau Stettin: Grabow 40 Mk., Loitz 20, Rostock 590, Schwerin i. M. 500, Uckermark 25, Wismar 150 Mk.

Gau Breslau: Breslau 1700 Mk., Brieg 60, Erdmannsdorf 50, Freiburg 195, Hirschberg 80, Langenöls 100, Sigmih 200, Löwenberg 20, Neisse 25, Niesitz 130, Striegau 45 Mk.

Gau Berlin: Berlin 16 000 Mk., Bernau 100, Brandenburg 1000, Finsterwalde 400, Kolmar 30, Lindow 13,25, Ludenwalde 375, Lübben 60, Lübbenau 110, Lyden 100, Randam 70, Neuruppin 70, Nowawes 200, Oderberg 50, Perleberg 29,85, Potsdam 300, Priebus 90, Schneidemühl 159,80, Schönlank 100, Schwerin 35, Seegefeld 50, Spandau 150, Stetigly 400, Wittenberge 75, Wittstoc 30, Zehlendorf 45, Zossen 75 Mk.

Gau Dresden: Altenberg 40 Mk., Bautzen 400, Brand 35, Cunnorsdorf 225, Dippoldswalde 100, Dresden 3000, Geringswalde 600, Glashütte 85, Großschönau 100, Kößschenbrada 300, Leisnig 100, Meißen 500, Mulda 20, Neugersdorf 199, Niederschönbach 500, Olbernhau 250, Pirna 400, Schmiedeburg 90, Sebnitz 70, Seiffenhersdorf 60, Waldheim 300, Wittdruff 400 Mk.

Gau Leipzig: Altenburg 200 Mk., Borna 80, Burg 130, Chemnitz 2700, Crimmitschau 80, Eilenburg 400, Gera 200, Gößnitz 100, Greiz 50, Hainichen 65, Johanngeorgenstadt 200, Leipzig 2000, Meerane 98, Schleiz 130, Schkeibitz 30, Schmalko 1200, Schönheide 300, Stollberg 20, Tauscha 50, Zeitz 400 Mk.

Gau Erfurt: Bürgel 200 Mk., Hermisdorf 25,55, Hildburghausen 20, Jena 300, Kelbra 118, Langensalza 40, Raumbach 50, Neustadt a. d. O. 40, Saalfeld 100, Sonneberg 100, Themar 30, Themar 90 Mk.

Gau Magdeburg: Braunschweig 750 Mk., Burg 400, Cöthen 150, Eisleben 500, Halle 800, Helmstedt 100, Magdeburg 600, Osterwieck 40, Sangerhausen 175, Zerbst 100 Mk.

Gau Hamburg: Aurich 40 Mk., Bremen 1500, Bremerhaven 2700, Emden 150, Ekebrügge 100, Flensburg 300, Hamburg 8000, Kiel 1800, Lübeck 200, Lüneburg 300, Oldenburg 200, Rendsburg 100, Schwartau 35, Vegeesack 600, Wilhelmshaven 1350 Mk.

Gau Hannover: Diefeld 550 Mk., Homburg 25, Lohde 100, Celle 100, Hameln 100, Hannover 3000, Herford 100, Melle 120, Minden 100, Osterode 130, Springe 15, Verne 20 Mk.

Gau Düsseldorf: Bochum 150 Mk., Bonn 120, Dortmund 600, Duisburg 350, Elberfeld 400, Hagen 150, Hamm 48,74, Krefeld 100, Lempe 10, Paderborn 55, Solingen 108, Wald 50 Mk.

Gau Frankfurt: Fechenheim 95 Mk., Kellheim 100, Kirchheim 120, Mainz 800, Mannheim 1200, Neu-Isenburg 200, Offenbach 220, Sprendlingen 50, Worms 30 Mk.

Gau Nürnberg: Bamberg 100 Mk., Bayreuth 200, Dintelsblüh 20, Erlangen 350, Fürth 2200, Kitzingen 25, Markt-Neudorf 30, Mittelsberg 1000, Ochsenfurt 14, Regnitz 19, Regensburg 200, Schney 400, Schwabach 80, Schwarzenbach 70, Schweinfurt 100, Wendelstein 102 Mk.

Gau München: Aibling 90 Mk., Augsburg 400, Dachau 100, Holzkirchen 70, Kempten 50, Krumbach 20, München 2000, Passau 350, Reichenhall 12, Rosenheim 100, Starnberg 25 Mk.

Gau Stuttgart: Aalen 8,45 Mk., Altensteig 12, Eßlingen 250, Freiburg 250, Friedrichshafen 152,45, Gengenbach 15, Göppingen 100, Heilbronn 300, Holzgerlingen 14,50, Karlsruhe 450, Kirchheim 200, Lorch 13, Marbach 80, Offenburg 24, Pforzheim 100, Schwaberg 100, Steinheim 70, Taaltingen 12,93, Tuttlingen 20, Ulm 200 Mk.

Die Revisoren und Verwaltungen werden ersucht, vorstehende Quittungen genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Nicht mit aufgeführt sind die Beträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2. Der Vorstand.

Lohnbewegungen und Steuerungszulagen.

Differenzen im Korbmachergewerbe in Berlin.

Bekanntlich sind die gesamten laufenden Aufträge von der Artilleriewerkstatt zum 30. September gekündigt worden, doch sind bereits neue Aufträge auf 21-cm-Langgranaten- und Feldpatronenlöcher sowie Unterteile zu den alten Feldpatronenlöchern neu vergeben. Anfang August war eine Steigerung eingetreten, aber durch die neuen Aufträge sind alle Arbeiter wieder in Beschäftigung gekommen, und für die Feldpatronenlöcher sind viele ungelernete sowie weibliche Hilfskräfte neu eingestellt worden.

Der Innung war inzwischen von der Handwerkskammer mitgeteilt worden, daß die Heeresleitung beabsichtige, Aufträge an einzelne Unternehmer nicht mehr zu vergeben, sondern nur an Lieferungsvereinigungen, Stadtverwaltungen (Wärgermeister) usw. Darauf berief auch die Innung sofort eine Versammlung ein, in welcher eine „Lieferungsvereinigung für Geschloßlöcher“ gegründet wurde. Es meldeten sich sofort 30 Unternehmer zum Beitritt. Zum Vorsitzenden wurde Herr Franke, Waldemarstraße, gewählt, und nach einigen Tagen hatte die Vereinigung auch bereits einen Auftrag auf Minenlöcher durch die Verbindungsstelle bei der Handwerkskammer erhalten.

Nun nahm der Gesellenausschuß Stellung dazu. Das an den Obermeister, Herrn Rißner, gerichtete Verlangen nach Anerkennung des Reichstarifs und einer den gegenwärtigen Verhältnissen angemessenen Steuerungszulage wurde von diesem abgelehnt mit dem Hinweis, daß diese Angelegenheit mit der Lieferungsvereinigung zu erledigen sei. Nunmehr versuchten die Kollegen ihr Glück bei der Lieferungsvereinigung und erhielten vom Vorsitzenden, Herrn Franke, folgenden Bescheid: Die Lieferungsvereinigung hat mit dem Gesellenausschuß nichts zu verhandeln; der Reichstarif wird von uns anerkannt. Auf eine weitere telephonische Anfrage gab Herr Franke den Bescheid, der Gesellenausschuß möge mit der Innung verhandeln; was dort beschloßen werde, sei auch für die Vereinigung bindend. Auf ein neues Ersuchen an die Innung erwiderte der Obermeister, Herr Rißner, er habe es nicht nötig, dem Gesellenausschuß zu antworten, wenn er es tue, so sei es von ihm nur aus Anstand getan, doch habe bereits die Vorstandssitzung stattgefunden, und nun könne die Angelegenheit in dieser Quartalsversammlung nicht mehr verhandelt werden.

Eine am 3. Oktober abgehaltene Mitgliederversammlung beschloß nunmehr, da bereits eine Steuerungszulage von annähernd 10 Prozent gezahlt wird, eine einigermaßen den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Steuerungszulage von 25 Prozent zu verlangen. Sie beauftragte die Branchenkommission sowie den Gesellenausschuß, alles daranzusetzen, es auf dem Wege der Verhandlungen zu erreichen. Die Kollegen ließen aber keinen Zweifel, daß sie fest entschlossen sind, ihrer Forderung nötigenfalls den erforderlichen Nachdruck zu geben.

In Schwerin i. M. ist es bei der bekannten Firma Gebr. Perzina zu ersten Differenzen gekommen. Die Firma, die etwa 180 Personen, darunter eine große Zahl Frauen und abkommandierter Soldaten, beschäftigt, liefert jetzt in der Hauptfache Arbeiter für den Heeresbedarf. Die Arbeitsbedingungen in der Fabrik lassen aber sehr viel zu wünschen übrig. Im Auftrage unserer Kollegen verlangte unser Gauvorsitzer die Festsetzung des Einstellungs- oder Mindestlohnes auf 75 Pf. die Stunde. Ferner Zuschläge für Ueberstunden und Nachtarbeit in Höhe von 25 bzw. 50 Prozent, eine wöchentliche Steuerungszulage von 4 Mk. und die angemessene Erhöhung gewisser Akkordsätze. Die Firma würdigte diese Eingabe keiner Antwort. Sie fühlte sich im Schutze der Militärbehörden so sicher, daß sie glaubte, die Wünsche der Arbeiter ignorieren zu können. Es war eine Enttäufung für die Betriebsleitung, daß die Militärbehörde die auf den 28. September einberufene Betriebsversammlung nicht nur nicht verbot, sondern im Gegenteil der Firma nahelegte, die Eingabe der Arbeiter zunächst zu beantworten. Diese Antwort ging denn auch kurz vor der Versammlung ein, aber sie lautete schroff ablehnend. Außerdem legte die Firma in dieser Zeit den Arbeitern eine neue Arbeitsordnung zur Unterschrift vor, die eine wesentliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bedeutet. Im Gegensatz zu dem geltenden Vertrag, der eine 58stündige Arbeitszeit vorsieht, sollte die Arbeitszeit auf 66 Stunden verlängert werden. Dafür wurden verschiedene rigorose Strafbestimmungen eingeführt. Darunter solche, die sich auf die Art der Arbeit beziehen und so gehalten sind, daß die Firma das Recht erhält, bei Innehaltung der durch die Betriebs-einrichtungen bedingten Arbeitsmethode den Arbeitern unter Umständen den ganzen Lohn vorzuenthalten. Für die Höhe der Löhne nur ein Beispiel: Für eine Sorte Pulverlasten, für die es in anderen Betrieben 3 Mk. Arbeitslohn gibt, zahlt die Firma Gebr. Perzina nur 1,50 Mk. Dafür wird

aber auch nasses Holz und schlechter Leim verarbeitet. Mit Vorwissen der Betriebsleitung wurden die Schrauben in den Boden bisher eingeschlagen statt eingeschraubt. Sie zahlte aber auch für das Abrichten des Bodens und seine Befestigung mit 16 Schrauben nur 5 1/2 Pf., während anderwärts für die gleiche Arbeit 10 Pf. gezahlt wird. Infolge des schlechten Verdienstes und der Zumutung, die verschlechte Arbeitsordnung zu unterschreiben, kam es zu Arbeits-einstellungen. Ein Versuch des Kontingents-Kommandos, zu vermitteln, blieb erfolglos, weil die Firma damit rechnete, daß ihr Soldaten zur Verfügung gestellt werden würden. Auf Verlangen des angerufenen Generalkommandos erklärten sich die ausländischen Kollegen zur Arbeitsaufnahme bereit. Daraus konnte aber nichts werden, weil sich die Firma auf das hohe Maß setzt und die Gelegenheit wahrnehmen will, um mißliebige Arbeiter zu mahregeln. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt kann ja die Firma mit solchen Dingen keinen Eindruck machen. Es bleibt aber abzuwarten, welchen Erfolg das Kontingents-Kommando erzielen wird, das vom Generalkommando beauftragt ist, die Vermittlung zu übernehmen.

Aus der Holzindustrie.

Ein Kursus für kriegsinvaliden Holzarbeiter.

Die württembergische Zentralstelle für Gewerbe und Handel veranstaltet, voraussichtlich Anfang November beginnend, in Stuttgart einen etwa fünfmonatigen Kursus zur Ausbildung kriegsinvaliden Schreiner und Angehörigen sonstiger Holzgewerbe. Der Zweck des vorwiegend theoretischen und zeichnerischen Unterrichtes ist es, kriegsbeschädigte Berufsangehörige, die ihren Beruf nicht mehr in der seitherigen Weise ausüben können, instand zu setzen, eine andere Beschäftigung in ihrem Gewerbe oder in einem verwandten Beruf zu übernehmen. Dabei handelt es sich um die Ausbildung als Aufreißer zum Anfertigen einfacher Skizzen und Werkzeichnungen, als Hilfskräfte zum Anfertigen von Kostenberechnungen, als Werkstattschreiber, Werkzeug- und Materialverwalter, Werkführer, Geschäftsführer u. dgl. Der Unterricht ist unentgeltlich, im Falle der Bedürftigkeit kann an die Kursusteilnehmer eine Unterstüßung gewährt werden. Zugelassen sind in erster Linie Württemberger und solche Nichtwürtemberger, die einem württembergischen Truppenteil angehört oder vor dem Krieg in Württemberg gewohnt haben. Meldungen sind unter Beifügung eines Nachweises der gewerblichen Bildungslaufbahn bis zum 15. Oktober direkt oder durch die Vermittlung der Beratungsstellen des Landesauschusses für Kriegsinvalidenfürsorge an die Kgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart einzureichen.

Preiserhöhung in der Pianofortindustrie.

Die beiden großen Organisationen der Pianofortefabrikanten, der „Verein deutscher Pianofortefabrikanten“ (Sitz Leipzig) und die „Freie Vereinigung deutscher Pianofortefabrikanten“ (Sitz Berlin), haben ihre Mitglieder auf den 15. September zu einer gemeinsamen Versammlung nach Leipzig berufen. Die sehr zahlreich besuchte Versammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Erhöhung der Preise der Fabrikate. Holzhändler Bry aus Berlin berichtete über die Preiserhöhung in der Möbelindustrie. Der beschlossene Aufschlag von 40 Prozent werde überall eingehalten, und das Publikum hat standlos die höheren Preise gezahlt. Dieser Aufschlag reiche aber kaum aus, und verschobene Möbelabriken fordern jetzt schon bis zu 70 Prozent mehr. Der Vorschlag, auch in der Pianofortindustrie mit einer entsprechenden Preiserhöhung vorzugehen, wurde vom Pianofortefabrikanten Feurich-Weipzig lebhaft befürwortet. Er verwies insbesondere auch auf die Schwierigkeit der Materialbeschaffung. Ein Piano kann nach sorgfältiger Kalkulation nur noch mit einem Aufschlag von 175 bis 200 Mk., ein Flügel mit einem solchen von 225 bis 250 Mk. verkauft werden. Ueber die Notwendigkeit der Preiserhöhung herrschte in der Versammlung Einmütigkeit. Es bestand auch Neigung, zur Sicherung der Preise eine Konvention zu gründen, doch wurde eine Beschlußfassung hierüber vertagt. Durch ein Rundschreiben an alle Pianofortefabrikanten und alle Händler soll auf die Notwendigkeit einer wesentlichen Erhöhung der Preise hingewiesen werden.

Von unseren Kollegen im Felde.

An die Korbmacher in der Heimat.

Anknüpfend an die Artikel „Zwei Kriegsjahre in der Korbindustrie“ in Nr. 36 und „Der Geschloßfortarif muß innegehalten werden“ in Nr. 39 der „Holzarbeiter-Zeitung“ richtet Kollege Winkler, früheres Mitglied des Verbandsvorstandes, der jetzt schon längere Zeit im Felde steht, einige Mahnworte an die Korbmacherkollegen in der Heimat. Er schreibt u. a.:

„Wenn die Unternehmer im Betrieb nicht Ordnung halten wollen, dann müssen wir sie daran gewöhnen. Wir müssen uns bemühen, unsern Beruf zu heben, und ein gutes Mittel hierzu ist die strenge Beachtung des Tarifs. Wir, die wir im Felde stehen, haben zu Euch in der Heimat das Vertrauen, daß Ihr das Erreichte nicht nur hochhaltet, sondern es auch weiter ausbaut. Sollten wir wieder zurückkehren, dann werden wir unsern Platz wieder neben Euch in der Organisation finden. Den Kollegen in der Heimat rufe ich zu: Organisiert Euch, schließt Euch im Deutschen Holzarbeiter-Verband zusammen. Vertretet, gestützt auf die Organisation, Eure Rechte, dann werden auch weitgesteckte Hoffnungen in Erfüllung gehen. Das seid Ihr den Kollegen schuldig, die in fremdem Lande ihre Knochen zu Markte tragen. An die organisierten Kollegen möchte ich die Bitte richten, alles daranzusetzen, um auch den letzten Mann von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu überzeugen.“

Das Eisene Kreuz. Die nachbenannten Verbandsmitglieder haben nach den uns in letzter Zeit zugegangenen Nachrichten das Eisene Kreuz erhalten: Karl Wittgen, Angestellter im Bureau des Verbandsvorstandes; Otto Bausch, Tischler, aus Berlin; Martin Klars aus Dippoldswalde; Georg Brunscher, Wagnerehrer, aus Frankenberg; Max Fröhlich,

Fräser, aus Hainichen; Heinrich Pigorra und Fritz Dillowski, beide aus Jüterburg; Max Wagner, Tischler, aus Muskau; Christof Broß, früherer Bevollmächtigter der Zahlstelle Neuenbürg; Hermann Schneider, Tischler, aus Dranienburg; Wilhelm Falkenhagen, Tischler, aus Verleberg; Hans Ehrenkäufer und Friedrich Vogt, beide Schreiner, aus Pforzheim; H. Schenk, Modelltischler, aus Plauen; Kaspar Stieh und Kilian Düring, beide aus Schweinfurt; Ernst Rues, früherer Bevollmächtigter der Zahlstelle Weglar.

Gewerkschaftliches.

Eine internationale Gewerkschaftskonferenz.

Ueber den Plan der Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses, über den wir uns in der vorigen Nummer auf Grund von Berichten über eine Sitzung des schweizerischen Gewerkschaftsausschusses geäußert haben, gibt jetzt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission die erforderliche Aufklärung. Hiernach handelt es sich nicht um einen internationalen Gewerkschaftskongress, sondern um eine internationale Gewerkschaftskonferenz, die der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Legien, auf den 11. Dezember nach der Schweiz einberufen wird. Diese internationalen Gewerkschaftskonferenzen sind Zusammenkünfte der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die auch vor dem Kriege des öfteren stattgefunden haben.

Schon im Juni 1915 hat Legien den gewerkschaftlichen Landeszentralen den Vorschlag gemacht, eine Konferenz abzuhalten, auf welcher zur Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes Stellung genommen werden sollte. Die Mehrzahl der Landeszentralen hat sich aber gegen eine Konferenz und für die Belassung des Sitzes in Berlin ausgesprochen. Veranlassung zu der jetzigen Einberufung einer Konferenz boten die auch von uns erwähnten Beschlüsse der am 5. Juli d. J. in Leeds abgehaltenen Konferenz, zu der Delegierte für vier Länder erschienen waren. Unter anderen zwei Vertreter einer anarchistisch-syndikalistischen Organisation in Italien, die der italienischen Landeszentrale nicht angeschlossen ist. Die Konferenz anerkannte sie als Vertreter der Gewerkschaften Italiens, nachdem sie sich den Titel einer Landeszentrale beigelegt hatten. Die Beschlüsse der Konferenz, ein Korrespondenzbureau in Paris zu errichten, das einen Beitrag aus Vertretern der angeschlossenen Länder erhält, und dem Vertreter der französischen Gewerkschaften den Auftrag zu erteilen, eine neue Konferenz der Gewerkschaften der alliierten Länder vorzubereiten, sind eine Durchbrechung der internationalen Gewerkschaftsorganisation. Gegen diese hat der Vertreter der Niederländischen Gewerkschaftszentrale bereits auf der Konferenz der sozialistischen Parteien der neutralen Länder im Haag am 2. August protestiert.

Zu diesem Protest, den das „Correspondenzblatt“ im Wortlaut zitiert, bemerkt es: „Mit diesem Protest kann die Angelegenheit ihre Erledigung nicht finden. Erfolgt jetzt eine Trennung in der gewerkschaftlichen Internationale, so

wird die Einigung für Jahre über die Kriegsdauer hinaus erschwert, wenn nicht verhindert. Aus diesem Grunde ist eine internationale Gewerkschaftskonferenz an einem Ort und zu einer Zeit einzuberufen, die es allen dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen ermöglicht, teilnehmen zu können. Diese werden nun zu entscheiden haben, wie die internationale Gewerkschaftsbewegung für die Zukunft gestaltet werden soll.“

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Das Fachblatt für Holzarbeiter bringt im Oktoberheft einen zeitgemäßen Aufsatz über Sanatorien von A. Vrellwig. Dann folgen Abhandlungen über Holzbeizen und praktische Gebrauchsmöbel aus dem Bogtlande, denen sich Artikel über Pöndeltüten und Einlegearbeiten anschließen. Den Schluß bildet ein stimmungsvoller Aufsatz über die deutschen Bäume. — Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1,20 M. pro Vierteljahr von allen Postanstalten, Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, zu beziehen. Verbandsmitglieder zahlen beim Bezug durch die Zahlstellenverwaltungen nur 1 M.

Die Neue Zeit, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, hat soeben ihren 35. Jahrgang begonnen. In einer Ansprache an die Leser sagt die Redaktion, daß sie in gleichem Maße der sozialistischen Theorie wie der sozialistischen Praxis dienen will. „Die Neue Zeit“ will bestrebt sein, die politische Tagespresse wie Gewerkschaftspresse zu ergänzen, einzelne Fragen eingehender zu erörtern und dabei jede einzelne Bewegung und Erscheinung unseres sozialen Lebens in ihren großen gesellschaftlichen Zusammenhängen darzustellen. „Die Neue Zeit“ erscheint im Verlag von J. S. W. Dieh Nachf. in Stuttgart und kostet vierteljährlich 3,90 M. Das einzelne Heft kostet 30 Pf.

Die Glode, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68).

Diese von Parvus herausgegebene und von Konrad Gaenisch redigierte Zeitschrift hat sich ihres gediegenen Inhaltes wegen schnell einen großen Leserkreis erobert. „Die Glode“ kostet vierteljährlich 2,50 M., Einzelheft 20 Pf.

Die militärischen Versorgungsansprüche und ihre Abfindung durch das neue Kapitalabfindungsgesetz. Von Corbinian Galm, Geschäftsführer der amtlichen Auskunfts- und Hilfsstelle für Kriegsteilnehmer, deren Angehörige und Hinterbliebene in Wschaffenburg. Verlag C. Krebsche Buchhandlung, Wschaffenburg. 2. Auflage. Preis 20 Pf., 100 Stück 15 M.

Ein Wort an die unten und die oben. Von einem deutschen Sozialdemokraten. Verlag der Franchyschen Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. Preis 30 Pf.

Die vorliegende Broschüre ist eine Streitschrift gegen England, die von Anton Fendrich verfaßt ist.

Rationelle Kaninchen-Zucht. Praktische Ratschläge für Anfänger von einem erfahrenen Züchter, mit einer Anzahl billiger, gutbewährter Kaninchenfleisch-Rezepte von Otto Herm. Zittlau-Paulus. Verlag von Erich Spandel, Nürnberg. 3. Auflage. Preis 35 Pf.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.)

Einnahme im September.

Ueberschuss sandten ein: Lichtenberg 1200, Berlin F, Neu-Kölln je 1000, Berlin G, Düsseldorf je 800, Kiel 700, Berlin A, Rastruhe, Plagwitz je 600, Berlin B, Berlin C, Berlin D, Berlin H, Al.-Hocher, Würzburg I je 500, Breslau, Dresden A, Gützk, Neu-Szenburg je 400, Schweinau 350, Altona, Ansbach, Bamberg, Köln I, Deuß, Frankfurt II, Hörde, Mühlheim (Ruhr), Rabenau, Spandau je 300, Hamburg II 200, Nied, Stuttgart je 250, Bielefeld, Bruch, Dessau, Dresden N, Duisburg, Erlangen, Edeles, Hamburg V, Schwäbisch-Gmünd, Ulm je 200, Endenich, Kirchheim, Lorch, Naumburg, Heideburg, Worms je 150, Hagen 130, Bruchsal 120, Aue, Baumshulenberg, Blankenburg a. S., Dünnewald, Crefeld, Döhren, Dürtheim, Hainhausen, Hamburg IV, Heddesheim, Heidingenfeld, Jchenhausen, Johannegeorgenstadt, Kabel, Beiertheim, Lorch, Gonsenheim, Kostheim, Neu-Ulm, Neuwied, Passau, Schw.-Hall, Talsingen, Bad, Weitschöheim, Weinheim, Welschnereuth, Neuhausen je 100, Jossen 85, Al.-Krohenburg, Ohlau, Waldheim je 80, Kahl, Neutkingen je 70, Fadenburg, Freiburg i. Schl., Martinroda, Nürtingen, Saalfeld je 50 M.

Summe der Ueberschüsse 22 675,— M.
Beiträge von Einzelmitgliedern . . . 1 680,—
Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern . . . 3,90 „
Zinsen von Kapitalien 13 150,—
Sonstige Einnahmen 1 183,55 „
Gesamteinnahme 38 681,45 M.

Ausgabe im September.

Zuschuß erhielten: Nürnberg 400, Löttau 250, Augsburg, Dortmund I, Bieschen, Förderstedt, Giebichenstein, Wiltser je 200, Elmstein, Höhr je 150, Dornhausen 140, Vergedorf, Burgstädt, Flensburg, Halberstadt, Jena, Löhnitz, Breitenheim, Neustadt a. S., Oeberramstadt, Offenburg, Sandersacker, Hödersheim, Stade, Taucha, Vallendar, Winsen, Ziegelhausen je 100, Schleswig 90, Borsdorf, Waldau je 80, Hüb, Unterböbinger je 60, Würrig, Debschütz, Haffelbach, Al. Auheim, Oldenburg je 50 M.

Summe der Zuschüsse 4 610,— M.
Krankengeld an Einzelmitglieder . . . 1 803,71 „
Sterbegeld an Einzelmitglieder 484,50 „
Sonstige Ausgaben 4 220,80 „
Gesamtausgabe 11 119,01 M.

Gesamteinnahme 38 681,45 M.
Gesamtausgabe 11 119,01 „
Zunahme des Vermögens 27 562,44 M.

A. S u d, Hauptkassierer.

Gestorbene Mitglieder.

Joh. Körner, Harmonikabauer, 53 J., gest. in Stuttgart.
Adolf Fröh, Schreiner, 65 Jahre, gest. in Stuttgart.
Erwin Eichler, Klavierstimmer, 33 J., gest. in Stuttgart.
Josef Braun, Schreiner, 63 Jahre, gest. in Stuttgart.
Ernst Alber, Klaviermacher, 64 J., gest. in Stuttgart.
Goth. Heimisch, Anschläger, 47 J., gest. in Stuttgart.
Johann Küll, Tischler, gest. in Bruchl. Erlangen.
Diederich Wilkens, Schiffszimmerer, 39 J., gest. in Begejad.
Friedrich Schnizer, Schiffszimmerer, 77 J., gest. in Begejad.
Marie Müller, Belleberin, 55 J., gest. in Begejad.
Ehre ihrem Andenken.

Erstklassige, tüchtige Schwarz-Polierer

gesucht, die allerfeinste Klavier-Hochglanzarbeit beherrschen und im Klavierfach tätig waren. Dauernde, gutlohnende Stellen. Schriftliche Angebote mit Referenzen, Lohnangaben usw. an:
Frankfurter Musikwerke-Fabrik J. D. Philipps & Söhne, A.-G., Frankfurt a. M.-West, Solmsstr. 9.

Mehrere sauber arbeitende Möbeltischler auf Büfette und Schreibtische sofort oder später gesucht. Beschäftigung dauernd und angenehm.
Rid. Friedrich Nachflg., Passau (Kr. Greifswald).

Tischler für Eichenmöbel

gesucht; ferner für unseren Maschinenaal 1 Zugschneider sowie Maschinenarbeiter.
Krengarten & Eichmann, Möbelfabrik, Uslar i. Sa.

Tüchtige Möbeltischler

für dauernd stellt ein
Kunsttischlerei Hirschwald, Weimar, Cranachstr. 28.

Maschinen- und Holzarbeiter sowie auch ungelernete Arbeiter zur Fabrication von Punitionstiften gesucht. Hoher Verdienst.
Ad. Sander, Möbelfabrik, Willershausen a. Harz.

Stuhlbauer

suchen für sofort
Schmidt & Hochstetter, Leisnig.

Tüchtiger Drechsler auf Bau- und Möbelarbeit gesucht.
Anton Müller, Holzwarenfabrik, Nachen.
Tüchtige Holzdrechsler bei hohem Lohn sofort gesucht. Gustav Besch, Köln-Chrenfeld, Fröbelpfad 19.
Korbmacher auf Grüngeschlagen und Mattarbeit bei 50 Prozent Tarifzuschlag sucht.
Robert Görnig, Korbmachermeister, Radebeul-Dresden, Gartenstr. 8.

Korbmacher

auf Geschloßkörbe und Geschloßkorb-Reparaturen werden noch eingestellt.
Robert Pester, Düsseldorf, Duisburger Straße 1.

Einen tüchtigen Korbmachergehilfen

(am liebsten verheiratet) auf Geschlagenes, der auch mit allen Ladenaarbeiten vertraut ist, sucht sofort bei hohem Wochenlohn und dauernder Stellung
Karl Neubert, Korbmachermeister, Döbernau i. Sa.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Bewaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 30. September, bis Freitag, 6. Oktober 1916.

A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Santischler			Möbeltischler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt				
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C		
Berlin . . .	19	—	30	30	53	—	24	22	—	25	27	—	39	5	—	5	132	10	91	235	63	214	
Bremen . . .	4	2	2	2	5	—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	9	2	
Breslau . . .	2	8	2	—	16	—	—	1	4	—	1	5	—	—	—	—	4	5	—	2	8	38	
Celle . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Chemnitz . . .	—	—	—	3	16	—	—	—	3	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	21
Eilenburg . . .	—	—	—	—	12	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	11	—	13	
Forst . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hamburg . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hannover . . .	23	10	—	—	3	20	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	10	—	28	
Herford . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Leipzig . . .	3	6	3	21	41	—	7	7	3	4	2	10	1	1	3	—	3	5	—	4	37	68	
Lübeck . . .	1	6	—	—	15	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	
Zusammen . . .	52	32	37	59	173	—	31	32	13	29	32	17	40	6	4	—	5	139	30	108	320	271	
Vor. Woche . . .	36	49	39	73	201	—	38	40	14	26	38	12	49	4	5	—	3	143	49	81	334	230	

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Suche für sofort in dauernde Beschäftigung zwei verheiratete Korbmacher auf Mattarbeit. 20 Prozent Leistungszulage.
A. Thieme, Schöningen (Braunschweig).

Wasserwagen-Werkstatt.

Die Einrichtung und Borräte sind, da der langjährige Inhaber verstorben, sofort billig zu verkaufen, und die Werkstatt ist zu vermieten. Näheres bei Butofzer, Berlin, Grünstr. 5/6, III.

Den Verbandsmitgliedern empfehlen wir das von uns herausgegebene
Lohnbuch für Holzarbeiter
Kleine Ausgabe, enthaltend 40 Seiten, 10 Pf.
50 Stück 4,50 M.
Große Ausgabe, enthaltend 80 Seiten, 20 Pf.
50 Stück 9,— M.
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. :: Berlin SO. 16.

Werkzeug-Neuheiten

jeder Art. Jeder verlange sof. gratis u. fr. Preislisten von Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppalner Strasse 31.

Aus Amerikas Arbeiterbewegung.
Von C. Legien. Mit zahlreichen Abbild., 208 Seiten, elegant geb. nur 2 M. (Aus Leben und Arbeit in der neuen Welt).
Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Chemnitz. Der paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe befindet sich Brückenstr. 9-11, im Grundriss des nächsten Arbeitsnachweises. Die Kollegen sind verpflichtet, nur unteren Nachweis zu benutzen. Ungehörigen schriftliche Anfrage und Festsetzungen sind streng verboten.

Mehrere tüchtige ältere militärfreie Möbeltischler,

welche bessere Speisezimmer nach Zeichnung arbeiten können, finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung.
Richard Elze, Hübener & Co., G. m. b. H., Dessau.

Tüchtige Tischler auf furnierte Möbel

für dauernde Beschäftigung gesucht.
Carl Förster Nachf., Möbelfabrik, Leipzig.
2 bis 3 tüchtige Tischlergesellen für Bau- und bessere Möbelarbeiten für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Hoher Lohn, freie Kost und Logis.
Erich Boege, Baruth (Mark).
Arbeitsnachweis Kiel, Reichenstraße, sucht Bau- und Möbeltischler.